



**Geschäftsführung  
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 26.06.2013

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 21.01.2013, 16:00 Uhr bis 18:05 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende**

Frau Gisela Manderla CDU

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Martin Schöppe	pro Köln

**Sachkundige Bürgerin**

Frau Yvonne Gebauer FDP

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Marie-Luise Quilling	auf Vorschlag der SPD
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Gerson Wirth auf Vorschlag der Grünen

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Katrin Gutknecht auf Vorschlag der FDP

Frau Claudia Klein auf Vorschlag der FDP

Herr Jörg Uckermann auf Vorschlag von pro Köln

Herr Oswald Pannes auf Vorschlag der Linken

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Stephanie Stangier auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Ekrem Ceylan auf Vorschlag des Integrationsrates (Vertr. für Fr. Coban)

### **Für die Katholische Kirche**

Herr Michael Bold

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Beate Habets

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Herr Lukas Lorenz

Frau Anna Gazel Ugurlu

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Anne Hauser CDU

### **Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Sengül Senol DIE LINKE

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Rolf Büschgens auf Vorschlag der CDU

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Ebru Coban auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Für die Katholische Kirche**

Frau Christiane Mauritz

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der Schulpost ausgelegt wurde.

Auf Grund eines Hinweises aus dem Büro des Oberbürgermeisters und zur einheitlichen Handhabung aller Ausschüsse wird auch im Ausschuss für Schule und Weiterbildung ab sofort nicht mehr über die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung beraten. Die Niederschrift wird deshalb zukünftig nach Freigabe kommentarlos komplett an alle Ausschussmitglieder versandt. Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Niederschrift können im Wege eines konkreten Antrages in der nachfolgenden Sitzung formuliert werden, der dann zur Beschlussfassung gestellt wird.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, weist für seine Fraktion das vom Büro des Oberbürgermeisters vorgeschlagene Verfahren zur Einbringung von Änderungswünschen zur Niederschrift über Vorlagen und Anträge zurück, da damit die Mehrheit darüber bestimmen würde, was im Protokoll steht.

Frau Manderla bittet darum, dies nochmals rechtlich überprüfen zu lassen und um Vorlage eines vernünftigen Vorschlages, wie Änderungswünsche zum Protokoll künftig eingebracht werden können.

Frau Dr. Klein erklärt, dass das Büro des Oberbürgermeisters auf einen Antrag im Jugendhilfeausschuss hin die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht hat, dass das Verfahren zur Verabschiedung des Protokolls unüblich und nicht der Gemeindeordnung entsprechend sei. Auch in anderen Ausschüssen werden die Protokolle der vorigen Sitzung nicht zur Abstimmung gestellt. Es handelt sich somit um eine Zurückführung auf das ordnungsgemäße Verfahren, das in allen Ausschüssen gilt. Sie hält es daher für überflüssig, einen anderen praktikablen Vorschlag zu entwickeln. Es sei das übliche Verfahren, Änderungswünsche zum Protokoll als Anträge zu formulieren.

Frau Manderla wendet ein, dass man nochmal prüfen werde, wie man damit umgeht, weil jedem die Möglichkeit gegeben werden müsse, Einwendungen zu erheben gegen das Protokoll.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Verwaltung selbstverständlich nicht daran interessiert ist, ein unrichtiges Protokoll aufrecht zu erhalten, sondern dass berechtigte Kritik an Fehlern im Protokoll pragmatisch aufgegriffen wird.

### **Zur Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

- Die Anfragen unter TOP 2.1.3 bis TOP 2.1.9 (davon die Beantwortungen unter TOP 2.1.7 bis 2.1.9 als Tischvorlage), sowie unter TOP 2.2.1 bis TOP 2.2.3 (die Beantwortungen zu TOP 2.2.2 und 2.2.3 liegen als Tischvorlagen vor),
- die Vorlage unter TOP 4.5 (zu TOP 4.2 wurde der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses als Tischvorlage nachgereicht),

- die Mitteilungen unter TOP 5.1.6 bis TOP 5.1.8 und
- die Stellenbesetzung unter TOP 10.2 (als Tischvorlage).

Die Verwaltung schlägt vor, die Mitteilung 0167/2013 zur Anmeldesituation an Grundschulen in Nippes (TOP 5.1.8) und die Beantwortung der Anfrage 0182/2013 zur Grundsichulsituation in Nippes (TOP 2.1.6) wegen des thematischen Zusammenhangs gemeinsam unter TOP 2.1.6 zu besprechen.

Den Änderungen der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

0.1 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Regionales Schulangebot im Stadtbezirk Ehrenfeld  
4661/2012

2.1.2 Köln Kolleg  
4577/2012

2.1.3 Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom  
03.09.2012  
0053/2013

2.1.4 Änderungsbeschluss zur Einführung des gebundenen Ganztagesbetriebes an  
der Eichendorff-Realschule Dechenstraße 1 in Köln-Neuehrenfeld  
(2952/2012)  
hier: Beantwortung von Fragen aus der Sitzung des Ausschusses für Schule  
und Weiterbildung vom 29.10.2012, TOP 5.6  
4222/2012

2.1.5 Elternbefragung 2012 zur Schulwahl - Daten zu Schulformwünschen auf  
Stadtbezirksebene  
0163/2013

2.1.6 Grundsichulsituation im Stadtteil Nippes  
0182/2013

2.1.7 Beheizung von Schulen in den Weihnachtsferien  
mündliche Anfrage von SE Dr. Zimmermann vom 03.12.2012, TOP 7  
0075/2013

2.1.8 Nicht-beschulte Kinder in Köln  
0062/2013

2.1.9 Beantwortung der Anfrage AN/1854/2012  
0233/2013

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Angekündigte deutliche Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten  
AN/0060/2013

Angekündigte deutliche Ausweitung der Gesamtschulkapazität  
Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln, AN/0060/2013  
0192/2013

2.2.2 Mittagspause Plus und Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I  
AN/0062/2013

Mittagspause PLUS und Übermittagbetreuung in der Sekundarstufe I  
0194/2013

2.2.3 Kürzungen bei der Offenen Ganztagsgrundschule  
AN/0063/2013

Kürzungen bei der offenen Ganztagsgrundschule  
0188/2013

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4 Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln  
3493/2012

4.2 Beschluss über die Einleitung und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 67409/04  
Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg, 2. Änderung - Schulstandort  
4394/2012

4.3 Errichtung des Bildungsganges "Fachklassen des dualen Systems der Berufsausbildung und Fachhochschulreife"  
0017/2013

4.4 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für die Schuljahre 2013/2014 sowie drei Folgeschuljahre  
4173/2012

4.5 Einrichtung eines Bildungsganges im Schulversuch gem. § 25 Schulgesetz NRW (SchulG):  
Berufliches Gymnasium für Gesundheit, Fachbereich Gesundheit/ Soziales, Fachlicher Schwerpunkt: Gesundheit  
am Berufskolleg Humboldtstr. 41, 50676 Köln (BK 14) zum 01.08.2013  
4455/2012

## **5 Mitteilungen**

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

5.1.1 Durchführung der Heilpädagogischen Förderung von Schulkindern im interdisziplinärem Rahmen  
4186/2012

5.1.2 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Sachstandsbericht  
4190/2012

5.1.3 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010  
3269/2012

5.1.4 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013"  
4457/2012

5.1.5 Innovationspreis des Verbandes kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V. (VKIG)  
4543/2012

5.1.6 Bildungsplattform SchulWiki online  
0088/2013

5.1.7 Umzug der Gesamtschule Nippes in die Paul-Humburg-Str.  
0126/2013

5.1.8 Anmeldesituation Grundschulen Stadtbezirk Nippes  
0167/2013

5.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

## **6 Anfragen**

## **7 Verschiedenes**

## **8 Gleichstellungsrelevante Themen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **0.1 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners**

Frau Manderla verpflichtet Herrn Ekrem Ceylan auf Vorschlag des Integrationsrates Köln als Stellvertreter der sachkundigen Einwohnerin Frau Ebru Coban als nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 der Gemeindeordnung mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Frühere Anfragen**

##### **2.1.1 Regionales Schulangebot im Stadtbezirk Ehrenfeld 4661/2012**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, merkt an, dass die Karte unlesbar ist.

Herr Pfeuffer erklärt dazu, dass das Umdruckverfahren zu den Ausschüssen keine Farbdrucke vorsieht, dass diese Karte aber über den Link <http://geoportal1.verwaltung.stadtkoeln.de/terraCatalog/Start.do> über die Internetseite der Stadt Köln in Farbe und im Format DIN A3 abrufbar ist (Kurzanleitung: *Bitte geben Sie dort im Suchfeld "Schulform einzel" ein. Als Suchergebnis erhalten Sie eine Übersicht über die vorhandenen Karten. Über das Downloadsymbol erreichen Sie die gewünschte Datei. In den interaktiven Karten können Sie ganz nach Bedarf einzelne Informationen (wie Schulnamen oder Schulformen) ein- oder ausblenden. Eine "Bedienungsanleitung" finden Sie, wenn Sie im Suchfeld "ikarte Hilfe" eingeben. Wenn Sie mit dem Mauszeiger über das entsprechende Symbol fahren, erscheint der Hinweis "Anwendung öffnen". Auf S. 2 ist beschrieben, wie Informationen ein- und ausgeblendet werden können*).

Frau Manderla bittet in diesem Zusammenhang darum, dass Karten und Statistiken in Zukunft auch im Ausschuss für Schule und Weiterbildung per Beamer erläutert werden.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, wundert sich, warum keine Zahlen zu den Förderschulen vorhanden sind.

Herr Pfeuffer sagt zu, dass die Zahlen für die Förderschulen zur nächsten Sitzung nachgeliefert werden.

**2.1.2 Köln Kolleg  
4577/2012**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.3 Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung  
vom 03.09.2012  
0053/2013**

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, findet die Beantwortung der Fragen sehr interessant. Sie hält es für nicht geeignet, im Zusammenhang mit der Konzeptentwicklung nur von Stellen im Festangestellten- oder im Honorarverhältnis zu sprechen. Konzeptentwicklung umfasse vor allen Dingen Angebote, an welche dann Stellen angeknüpft werden. Der Standort Lindenthal sei ihr nicht bekannt und wurde auch nicht im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorgestellt. Man sei bereit, über Konzepte zu diskutieren, die auf die einzelnen Stadtteile zugeschnitten sind. Das, was in Lindenthal gut läuft, sei so mit Sicherheit nicht auf andere Stadtteile übertragbar. Um eine bessere Vorstellung zu erhalten, was tatsächlich geplant ist, sollen klarstellend die konkreten Angebote für Unterrichte benannt werden und mit den benötigten Stellen und Kosten verknüpft werden. Die Frage nach der Entwicklung der Finanzen wurde in der Antwort auch nach der zweiten Nachfrage nicht mit beantwortet. Frau Hölzing bittet darüber hinaus um eine Prognose für die Kostenentwicklung in 2012, die nicht als Index, sondern in absoluten Zahlen dargestellt werden soll. Die vorgelegte Liste erwecke auf den ersten Blick den Eindruck, als habe die Rheinische Musikschule einen Überschuss aus Gewinn erzielt, weil die Einnahmen höher dargestellt sind als die Ausgaben. Dies liegt jedoch nur an der Art der Darstellung. Die vorgelegte Antwort passt nicht auf die Frage nach den konkreten Jahresunterrichtsstunden an Schulen.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass die Rheinische Musikschule keinen Gewinn erwirtschaftet hat und sagt eine bessere Aufbereitung zur nächsten Sitzung zu. Während der Haushaltskonsolidierung bestehe keine Möglichkeit zur Ausweitung des Finanztableaus. Deshalb muss die Rheinische Musikschule wie alle anderen Ämter mit dem auskommen, was ihr zur Verfügung steht.

**2.1.4 Änderungsbeschluss zur Einführung des gebundenen Ganztagesbetriebes an der Eichendorff-Realschule Dechenstraße 1 in Köln-Neuheitenfeld (2952/2012)  
hier: Beantwortung von Fragen aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 29.10.2012, TOP 5.6  
4222/2012**

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin FDP-Fraktion, bittet darum, dass die Ausführungen der Gebäudewirtschaft auch an den Betriebsausschuss weitergegeben werden. Das Schreiben des Schulleiters überzeugt sie nicht: Wenn die Schule im Sommer 2010 beschlossen hat, Ganztagschule zu werden, dann wundert es sie, dass man sich bis zum Sommer 2012 nicht mit dem Konzept zum Ganztags beschäftigt hat. Das sei unglaublich.

Frau Dr. Klein erinnert daran, dass viele weiterführende Schulen mit einer Quote von rund 60 % in den gebundenen Ganztags überführt wurden, was in NRW gemäß dem



Bildungsbericht der Spitzenwert ist. In den Fällen, wo es zu Bauverzögerungen kommt, versteht sie es, wenn Schulen den Ganzttag nicht dauerhaft in Provisorien durchführen möchten. Da die Schule letztlich vor Ort für das Funktionieren verantwortlich ist, wird das auch so akzeptiert. Wenn die Schule signalisiert, dass es ihr nicht möglich sei, das Konzept pädagogisch umzusetzen, dann folgt man selbstverständlich auch von der Verwaltung dem Vorschlag der Schule.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, fragt in diesem Zusammenhang nach, ob Verschiebungen von Projekten zeitnah mit den Schulen kommuniziert werden.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass es wegen der Baukostensteigerungen derzeit eine Diskussion mit der Kämmerin über die Fortführung mancher Projekte gebe und sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Anfrage zu. Gerade die Maßnahmen im Ganztagsbereich müssen weiterlaufen.

Frau Heuer weist darauf hin, dass es zweimal jährlich Informationstreffen mit den Schulen des gebundenen Ganztages gebe.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, teilt die Verwunderung von Frau Gebauer über den Brief des Schulleiters.

#### **2.1.5 Elternbefragung 2012 zur Schulwahl - Daten zu Schulformwünschen auf Stadtbezirksebene 0163/2013**

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, dankt für die schnelle Beantwortung der Nachfrage. Insbesondere Tabelle 3 sei sehr hilfreich für die weitere sachgerechte Diskussion über die Schullandschaft. In der Mitteilung wurden von der Verwaltung auch erste Vorschläge gemacht, die er zunächst noch nicht bewerten möchte. Zum Beispiel in der Innenstadt müssten noch intensive Diskussionen über Diskrepanzen erfolgen.

Frau Gebauer, sachkundige Bürgerin FDP-Fraktion, möchte wissen, auf welches Schuljahr sich die Aussage bezieht, dass "zuletzt" 5 % übergegangen sind.

Herr Pfeuffer antwortet, dass die letzten gesicherten Schulstatistikdaten zum Schuljahr 2011/2012 für den vorgelegten Vergleich verarbeitet wurden.

#### **2.1.6 Grundschulsituation im Stadtteil Nippes 0182/2013**

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, fragt nach, ob an der Steinberger Str. tatsächlich nur noch sechs Kinder ohne Schulplatz übrig sind und ob gewährleistet sei, dass auch diese noch fußnah erreichbare Plätze zugeteilt bekommen. Zur Schule am ehemaligen Nippesbad möchte er wissen, wie der zeitliche Ablauf zum Bau von Schule und KiTa aktuell geplant ist. Ein Bedarf für ein weiteres Schulangebot bestehe in diesem Bezirk. Auch zur Kretzerstraße möchte er einen zeitlichen Ablaufplan haben.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass von über 60 Kindern lediglich sechs Kinder bisher nicht an einer anderen Schule angemeldet wurden, obwohl ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Das liege daran, dass einige Eltern Widerspruch gegen die Ablehnung eingelegt haben. Zur Besonderheit der Versorgungssituation gehört es, dass keine

neue Schule errichtet werden kann, wenn in unmittelbarer Nähe genügend Plätze an anderen Schulen vorhanden sind. Durch die Ablehnungen kurz vor Weihnachten war bei vielen Eltern eine Verunsicherung entstanden, weil sie fest davon ausgegangen waren, dass ihr Kind auf jeden Fall an der Steinberger Str. versorgt werden könne. Zum 29. Januar dieses Jahres wurden alle Eltern zu einer Versammlung eingeladen, um für das nächste Jahr das Verfahren zu verbessern. Parallel werden die eingelegten Widersprüche juristisch abgearbeitet. Daneben werden Anträge auf einen OGTS-Platz noch geprüft. Vor den Sommerferien hat der Rat der Stadt Köln zwei Beschlüsse gefasst zum Ausbau der OGTS-Plätze: Es wird maximal 24.000 Plätze geben. Verschiebungen innerhalb dieser Höchstgrenze werden zu Gunsten von Schulen in sozialen Brennpunkten entschieden. Unter Beachtung des Ratsbeschlusses werden nun Lösungen gesucht, die aber nicht zu Ungerechtigkeiten in anderen Bereichen der Stadt führen dürfen.

Die Schulentwicklungsplanung hat festgestellt, dass auf dem Gelände des Nippesbades ein gesteigener Bedarf für eine Grundschule und eine KiTa besteht. Deshalb hat man die Gebäudewirtschaft gebeten, zu prüfen, ob von der Baustelleneinrichtung her im Vorgriff schon eine Kita gebaut werden kann und möglichst schnell im Anschluss daran eine Grundschule. Dies wurde von Seiten der Gebäudewirtschaft bestätigt. Sie hofft, dass schon bald auch der Planungsbeschluss für die Schule an dieser Stelle vorgelegt werden kann.

Herr Pfeuffer antwortet zur Ketzerstraße, dass dies eine Förderschule Lernen nördlich des Clouth- Geländes ist, die im Zuge des Inklusionsprozesses sinkende Schülerzahlen haben wird. Man geht davon aus, dass die Fördererschule kurzfristig geschlossen werden kann, wenn die Schüler/innen vor Ort eine vernünftige Zukunftsperspektive bekommen. Derzeit wird dies intensiv geprüft. Es wird damit gerechnet, dass an diesem Standort kurzfristig eine Grundschule zur Versorgung des Clouth-Geländes gegründet werden kann.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, bittet in diesem Zusammenhang um eine besondere Sensibilität, weil hier viele neue Siedlungen mit einem hohen Familienanteil entstanden sind, so dass hier sehr viele Kinder zugezogen sind.

Frau Dr. Klein versichert, dass man bereits seit Jahren bei der Planung größerer neuer Siedlungen auch an die Planung von Kitas und Schulen denkt.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, lobt diesen Ansatz als sinnvoll. Sie hat versucht, sich zu erklären, warum die Eltern laut Tabelle vorwiegend die Nibelungenstraße gewählt haben und kam zu dem Ergebnis, dass dort wohl der Schulweg attraktiver und ungefährlicher als zum Beispiel über die Innere Kanalstraße ist. Sie bittet um Aufklärung, ob sie die Tabelle richtig versteht, wenn sie daraus ableitet, dass dort aber nur fünf Plätze zur Verfügung stehen, so dass dort wieder 15 Plätze abgewiesen werden müssten.

Frau Dr. Klein klärt auf, dass die Nibelungenstraße nach der Aufnahme von 20 Kindern aus der Steinberger Straße noch 5 offene Plätze hat, so dass derzeit dort niemand abgewiesen werden muss.

Frau Hölzing hält den Weg vom EAW-Gelände in die Overathstraße mit rund 1,3 km für sehr weit. Sie hat gehört, dass die Schulen nur Kinder im Umfeld von 600 m um die Schule herum aufnehmen. Sie schlägt vor, bessere Bezirke zu bilden, um lange Schulwege zu vermeiden.

Frau Dr. Klein erläutert, dass im Rahmen der Elternveranstaltungen das gesamte Anmeldeverfahren zu den Grundschulen insbesondere im Bezirk Nippes auf dem Prüfstand steht und optimiert werden soll.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat mehrere Fragen.

1. Er ist enttäuscht, dass die Steinberger Straße nicht auf fünf Züge erhöht wird. Er bittet um Erklärung, warum dies so ist.
2. Was bedeutet es, dass die neue Schule auf dem Schwimmbadgelände eine Nebenstelle der Gilbachstraße sein soll?
3. Wie weit ist die Prüfung der Verwaltung, ob man hier OGTS-Plätze zur Verfügung stellen kann?
4. Gibt es Überlegungen, katholische Schulen wie etwa die Bülowstraße in Gemeinschaftsgrundschulen, zum Beispiel betreut als Nebenstelle einer anderen Schule, umzuwandeln?
5. Wurden die Ablehnungsschreiben vor Weihnachten von den Schulen ohne Wissen der Verwaltung verschickt?
6. Stimmt es, dass die Elternversammlung am 29. Januar bisher noch nicht angekündigt wurde?

Frau Dr. Klein antwortet

- zu 1. Insbesondere die Mensasituation an der Steinberger Str. ist sehr beengt. Die Proteste der Schulleitung und der Eltern sind berechtigt, doch kann dieser Standort nicht erweitert werden. Die Schule hat zudem auch Inklusion und kann schon architektonisch nicht fünfzügig sein.

Herr Thelen schlägt vor, den etwa 300 m<sup>2</sup> großen Dachboden der Steinberger Str. auszubauen.

Dagegen wendet Frau Heuer ein, dass dies bereits alles geprüft wurde und schon aus Brandschutzgründen nicht umsetzbar sei.

Frau Dr. Klein führt weiter aus

- zu 2. Es wird überlegt, die Nebenstelle der Montessori-Grundschule Gilbachstraße in der Stammheimer Straße an den Standort Nippesbad zu bringen und den Standort Stammheimer Straße zusätzlich weiter für die umliegenden Schulen zu nutzen.
- zu 3. Bevor über die OGTS-Plätze entschieden wird muss man wissen, welche Kinder an welchem Standort gelangen und wie der Bedarf ist.
- zu 4. Da man niemanden zwingen kann, katholisch zu werden, gibt es weitergehende Überlegungen, die Zügigkeit zu reduzieren und dort eine Nebenstelle einer anderen Schule zu installieren. Es wird noch geprüft, ob ein Zusammenleben beider Schulen, beispielsweise der Gilbachstraße, an diesem Standort möglich ist.
- zu 6. Es wurde eine Pressemitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung herausgegeben und ein Schreiben an alle Eltern verfasst, das noch in der gleichen Woche abgeschickt wird.

Herr Thelen ist erstaunt über die Zahlen aus der aktualisierten Modellrechnung für den Bezirk Nippes, wonach es etwa für die Primarschulen dort gar kein Problem gäbe.

Darauf antwortet Herr Pfeuffer, dass die vorgelegten Zahlen stimmen. Sie beziehen sich auf den kompletten Stadtbezirk Nippes. Während der Stadtteil Nippes steigende Zahlen aufweist, sind in anderen Teilen des Bezirks geringere Zahlen festgestellt worden, so dass dies sich ausgleicht. Die Schwierigkeit der Schulentwicklungsplanung liegt darin, dass sie gewährleisten muss, dass der ausreichend versorgte Stadtteil Nippes auch in Zukunft ausreichend versorgt bleibt.

**2.1.7 Beheizung von Schulen in den Weihnachtsferien  
mündliche Anfrage von SE Dr. Zimmermann vom 03.12.2012, TOP 7  
0075/2013**

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bedankt sich für die ausführliche Anlage. Seine Anfrage sollte als Sparvorschlag verstanden werden und er musste feststellen, dass vieles, was in diesem Papier behauptet wird, an mehreren Stellen nicht stimmt. Er weiß von Gegenbeispielen und wird beobachten, wie diese sich quantitativ auswirken werden. Er fragt nach, wie oft die Heizungsanlagen in den Schulen überprüft werden und bittet darum, nachzuprüfen, ob das, was von der Verwaltung so vorgesehen ist, an den Schulen auch tatsächlich so umgesetzt wird.

Herr Troßen von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erklärt, dass diese gerne auch in alten Schulen die Heizungsanlagen auf den modernsten Stand bringen wollte, wenn sie das Geld dazu hätte. Die Energiekosten würden regelmäßig im Auge behalten und kontrolliert.

**2.1.8 Nicht-beschulte Kinder in Köln  
0062/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.9 Beantwortung der Anfrage AN/1854/2012  
0233/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**2.2 Neue Anfragen**

**2.2.1 Angekündigte deutliche Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten  
AN/0060/2013**

**Angekündigte deutliche Ausweitung der Gesamtschulkapazität  
Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln, AN/0060/2013  
0192/2013**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, bedankt sich für die schnelle Beantwortung der Anfragen unter TOP 2.2.1 bis 2.2.3 und hat dazu noch Nachfragen. Er kann in den Ausführungen der Verwaltung keine detaillierte Schilderung der Entwicklungsperspektiven erkennen. So wurde etwa bisher noch nichts zu Dependancestandorten ausgeführt. Auch die Frage nach einem Berufskolleg in der Innenstadt wurde bisher nicht beantwortet. Warum man die Ergebnisse der Überlegungen der Verwaltung erst zum 15. April vorlegen will und nicht bereits in der Sitzung Anfang März erschließt sich ihm nicht. Dass die Verwaltung keine Informationen darüber bekommt, wo Kinder angemeldet werden, die an Gesamtschulen abgewiesen werden, findet er bedauerlich, denn gerade daran sollte der Verwaltung viel liegen.

Frau Dr. Klein antwortet darauf, dass dies dem Datenschutz unterliegt. Die Gesamtschulentwicklung in Köln darf man nicht isoliert betrachten, da jede neue Gesamtschu-

le sowohl Auswirkungen auf die bestehenden Gymnasien als auch auf alle anderen Schulformen hat. Deshalb ist es wichtig, dass Vorschläge vorher mit allen betroffenen Schulen besprochen und von diesen mitgetragen werden. Um ein für alle zufrieden stellendes Ergebnis zu erreichen wird daher ausreichend Zeit benötigt.

### **2.2.2 Mittagspause Plus und Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I AN/0062/2013**

#### **Mittagspause PLUS und Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I 0194/2013**

Herr Pannes bittet zu der Beantwortung um Präzisierung, welche konkreten Leistungseinschränkungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht bestehen.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schließt sich dieser Nachfrage an und möchte wissen: Stimmt es, dass nicht nur die aktuellen Gruppennzahlen reduziert werden sollen, sondern die Geldmittel jeder einzelnen Gruppe reduziert werden sollen? Findet somit bei jeder einzelnen Gruppe eine Veränderung im Leistungsspektrum statt?

Frau Dr. Klein bestätigt dies. So wurden etwa beim Programm "Mittagspause plus" im Jugendbereich manche Gruppen nicht eingerichtet, weil viele Schulen in den gebundenen Ganztags gegangen sind. Das Programm "Mittagspause plus" hat zwei Finanzierungsbausteine: Die Landesmittel und darüber hinaus freiwillige kommunale Mittel. In Zeiten der Haushaltskonsolidierung ist es vertretbar, dass Schulen in diesem Bereich nur mit den pflichtigen Landesmitteln arbeiten. Im Jugendbereich hätte das die Folge, dass von einem 5-Tage-Angebot auf ein 3-Tage-Angebot reduziert würde. Dass dies Qualitätsrückgänge zur Folge hat, ist selbstverständlich. Daneben sind im gebundenen Ganztags mit einer Quote von rund 60 % aber auch Qualitätszuwächse zu verzeichnen. Auch beim offenen Ganztags im Grundschulbereich werden erhebliche freiwillige kommunale Mittel verwendet. Der Vorschlag der Verwaltung ist verantwortlich, führt aber selbstverständlich zu Reduzierungen.

### **2.2.3 Kürzungen bei der Offenen Ganztagsgrundschule AN/0063/2013**

#### **Kürzungen bei der offenen Ganztagsgrundschule 0188/2013**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, bittet um Auskunft, wann die Verwendungsnachweise ausgewertet sein werden.

Frau Gorklo-Blameuser wiederholt, dass die Auswertung längst erfolgt wäre, wenn keine personellen Probleme beständen. Sie sagt eine Information möglichst zur nächsten Sitzung des Ausschusses zu.

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4 Vorlagen der Verwaltung**

**4.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln  
3493/2012**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, merkt für seine Fraktion an, dass noch erhebliche Nachfragen zu der Vorlage bestehen. Sie sollen kurzfristig schriftlich vorgelegt werden. Er bittet, diese Vorlage zunächst zu schieben und die kurzfristig von seiner Fraktion nachzureichenden Fragen zum nächsten Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu beantworten, bevor die Vorlage beschlossen wird und in die weitere Sitzungsfolge geht.

Frau Dr. Klein bittet darum, dass der Fragenkatalog kurzfristig vorgelegt wird.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, hat davon gehört, dass es eine interne Handlungsrichtlinie zur Konkretisierung der Kriterien gibt und bittet darum, diese zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vorzulegen.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass diese Handlungsanweisung bisher nur im Entwurf existiert. Sofern sie bis zur nächsten Sitzung fertig ist, kann sie mit der Vorlage vorgelegt werden.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird zurückgestellt und nach Beantwortung von Nachfragen in den nächsten Sitzungslauf geschoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Beschluss über die Einleitung und zur Durchführung der frühzeitigen  
Öffentlichkeitsbeteiligung betreffend die Änderung des Bebauungspla-  
nes 67409/04  
Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg, 2. Änderung - Schulstand-  
ort  
4394/2012**

Frau Manderla bittet darum, den Tenor des Beschlusses zu ändern in die Formulierung „Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt...“, da der Stadtentwicklungsausschuss bereits beschlossen hat und auf eine Wiedervorlage verzichtet, wenn die Bezirksvertretung Rodenkirchen und der Ausschuss für Schule und Weiterbildung ohne Einschränkungen zustimmen. Auch der Satz mit dem Verzicht auf die Wiedervorlage solle beim Beschluss des Ausschuss für Schule und Weiterbildung gestrichen werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet vor dem Hintergrund, dass auch im Schulbereich Einsparungen erforderlich sind, darum, zu überlegen, ob tatsächlich alle geplanten Schulbauten wirklich umgesetzt werden müssen. Im Bereich Rodenkirchen und Sülz/Klettenberg sollen nach dem Schulentwicklungsplan sowohl in

der Gaedestraße in Marienburg als auch in Sülz/Klettenberg je eine Grundschule gebaut werden. Es gebe zwar 2014/2015 eine vorübergehende Spitze bei den Schülerentwicklungszahlen, doch solle man einmal überlegen, ob diese nicht durch eine Erweiterung der Zügigkeit von bestehenden Grundschulen aufgefangen werden kann. Nach seiner Meinung genügt hier der Bau lediglich einer einzigen neuen Grundschule und da sei es fraglich, ob das gerade die Gaedestraße sein müsse. Da es bei der Vorlage aber lediglich um eine Änderung des Bebauungsplanes geht, hat er keine Probleme damit, der Vorlage jetzt ohne Einschränkung zuzustimmen.

Frau Dr. Klein wirbt dagegen ausdrücklich für die Gaedestraße als zukünftiges Schulgrundstück, weil gerade am ehemaligen Kasernengelände und in der Nähe des Zollstockbades aktuell viele neue Wohnungen bezogen werden, sodass dieser Schulstandort dringend benötigt wird, damit in naher Zukunft nicht ein akuter Mangel an Schulgrundstücken entsteht.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt,

1. das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes 67409/04 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB für das Gebiet südlich der Gaedestraße - östlicher Teil des MI 2 - in Köln-Marienburg —Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg, 2. Änderung - Schulstandort— einzuleiten;
2. die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1.

### **Abstimmungsergebnis:**

Dem geänderten Wortlaut wird einstimmig zugestimmt.

### **4.3 Errichtung des Bildungsganges "Fachklassen des dualen Systems der Berufsausbildung und Fachhochschulreife" 0017/2013**

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

„Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Errichtung neuer Bildungsgänge:

Fachklassen des dualen Systems der Berufsausbildung und Fachhochschulreife gem. § 2 Abs. 3 und § 7 der Anlage A der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskollegs (APO-BK) in den Ausbildungsberufen Kauffrau/-mann im Einzelhandel, Kauffrau/-mann für Versicherungen und Finanzen, Personaldienstleistungskaufrau/-mann, Fachangestellte/r für Arbeitsmarktdienstleistungen und Sozialversicherungsfachangestellte/r

am Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 50677 Köln, zum Schuljahr 2013/2014.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **4.4 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für die Schuljahre 2013/2014 sowie drei Folgeschuljahre 4173/2012**

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, hält es im Hinblick auf Umwelt und Verkehr nicht für hilfreich, wenn die Schulbücher für seine Schule aus Dresden geliefert werden. In der Vorlage liest er, dass Lose unter 200.000 € nicht dem Europarecht unterliegen und fragt deshalb nach, ob sich für die Schulbücher nicht kleinere Lose bilden ließen. So könnten ortsansässige Firmen eher entsprechende Aufträge bekommen, die Anfragen und Reklamationen kundennäher bearbeiten könnten.

Auch Frau Manderla empfindet, dass ein solches Verfahren jeglicher Nachhaltigkeit zuwiderläuft.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass das europäische Vergaberecht nicht umgangen werden darf. Diese Fragen seien bereits mehrfach mit dem Rechnungsprüfungsamt diskutiert und geprüft worden. Gefordert ist in diesem Zusammenhang ein transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schließt sich der Kritik von Herrn Zimmermann an und schlägt vor, den Service der Lieferanten als Vergabekriterium mit aufzunehmen. Er bittet deshalb darum, zu prüfen, wie andere Städte mit diesem Thema umgehen. Für ihn sieht die Bildung der einzelnen Lose willkürlich aus. Er bittet die Verwaltung, intensiv zu prüfen, ob sich nicht kleinere Lose bilden lassen, um nicht unter Europarecht zu fallen und schlägt vor, die Entscheidung über die Vorlage zu verschieben.

Frau Dr. Klein sagt, dass die Frist zur Bestellung der Schulbücher zum nächsten Schuljahr abläuft. Sie weist darauf hin, dass es im nächsten Schuljahr keine Schulbücher gibt, wenn die Vorlage nicht noch in der Sitzung beschlossen wird.

Frau Manderla erklärt, dass man das auf keinen Fall beabsichtige und schlägt deshalb vor, dem Beschluss zuzustimmen. Trotzdem soll die Verwaltung überprüfen, wie andere Kommunen das handhaben.

Frau Gorklo-Blameuser ergänzt, dass bereits der Börsenverein des Deutschen Buchhandels sich an Brüssel gewandt habe und von der EU abgelehnt wurde, weil es neben dem Preis um ein transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren für alle Buchhändler geht. Deshalb müssen entsprechende Aufträge europaweit ausgeschrieben werden.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass eine kleinere Stückelung der Lose möglicherweise einen rechtswidrigen Umgehungstatbestand darstellt. Die Verwaltung ist dabei auch an die Anweisungen des Rechnungsprüfungsamtes gebunden. Das Rechnungsprüfungsamt hat auf dieses Verfahren verwiesen, weil es das vergaberechtlich korrekte ist.

Frau Manderla bittet um Prüfung, ob etwa das Kriterium „Unterstützung regionaler Unternehmen“ als Vergabekriterium in Frage kommt.

Frau Gorklo-Blameuser erklärt, dass ausschlaggebend für die Erforderlichkeit einer europaweiten Ausschreibung nicht die Bildung der Lose in Höhe von 200.000 € oder darunter ist, sondern der ausmachende Gesamtbetrag der Vergabe in Höhe von 5



Millionen € jährlich. Die Einzellose, die auch unterhalb von 200.000 € liegen können, werden tatsächlich unter allen Buchhandlungen, die sich an der Ausschreibung beteiligt haben und den Anforderungen genügen, ausgelost.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, regt an, dass in Zukunft jede Schule ihre Schulbücher selber bestellt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erklärt, dass man ihm im Vorfeld zu der Sitzung erklärt habe, dass es zu diesem Verfahren gar keine Alternative gebe. Er schlägt vor, dass der Ausschuss vor dem Hintergrund der ungeklärten Fragen die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien gibt. Darüber wird abgestimmt.

Frau Manderla fasst zusammen, dass das Gremium für Köln eine andere Lösung wünscht, die Vorlage aber ohne eigenes Votum in die nachfolgenden Gremien gibt, um die Bestellung der Schulbücher für das kommende Schuljahr nicht zu gefährden.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Einrichtung eines Bildungsganges im Schulversuch gem. § 25 Schulgesetz NRW (SchulG):  
Berufliches Gymnasium für Gesundheit, Fachbereich Gesundheit/ Soziales,  
Fachlicher Schwerpunkt: Gesundheit  
am Berufskolleg Humboldtstr. 41, 50676 Köln (BK 14) zum 01.08.2013  
4455/2012**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 25 Schulgesetz NRW (SchulG)

die Errichtung des Bildungsganges im Schulversuch:

Berufliches Gymnasium für Gesundheit

Fachbereich Gesundheit/Soziales

Fachlicher Schwerpunkt: Gesundheit

Abschluss: Allgemeine Hochschulreife (Gesundheit)

in Vollzeitform in Verbindung mit § 22 Abs. 5 SchulG und Anlage D der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO BK) zum 01.08.2013 am Berufskolleg Humboldtstraße (BK 14), Humboldtstraße 41, 50676 Köln.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **5 Mitteilungen**

### **5.1 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **5.1.1 Durchführung der Heilpädagogischen Förderung von Schulkindern im interdisziplinärem Rahmen 4186/2012**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.1.2 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Sachstandsbericht 4190/2012**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, fragt sich, ob an dem Konzept der Bildungslandschaft Altstadt-Nord in der Zeit ihres Bestehens schöpferisch weitergearbeitet wurde. Seiner Ansicht nach berücksichtigt das Konzept nicht hinreichend ein "gemeinsames pädagogisches Lernen".

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, vermisst auf dem Plan auf der letzten Seite jegliche Straßenangaben und bittet, diese nachzureichen. (*Anlage 1 zu dieser Niederschrift*)

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet um Auskunft, ob die Gebäude tatsächlich wie in der Vorlage angegeben abgerissen werden müssen, oder ob sie im Zuge der Sparsamkeit weiter genutzt werden könnten. Dies würde voraussetzen, dass man die Auslobung offener gestaltet und auch billigere Lösungen zulässt.

Frau Dr. Klein antwortet Herrn Pannes, dass es bisher nicht Inhalt des Prüfauftrages war, die Schulformen zu ändern. Die bisherigen Schulformen sollen so erhalten bleiben. Nach sieben Jahren Workshops muss man nun an die bauliche Umsetzung gehen. Herrn Thelen antwortet sie in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit, dass die Ausschreibungsunterlagen eine Formulierung enthalten, dass "der Anbieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot ein Plus im Wettbewerbsverfahren erhält". Man hat bei diesem Projekt bereits dadurch gespart, dass man den Standard reduzierte, indem man den Quadratmeterbedarf der Bildungslandschaft Altstadt-Nord unterhalb der Schulbauleitlinie ansetzte, worauf sich die Schulen auch gemeinsam verständigten. Die Ausschreibungsunterlagen enthalten als unmissverständlichen Bestandteil, dass der Budgetrahmen unbedingt einzuhalten ist.

Herr Gräbener sagt zu, dass ein Umdruck der Auslobung zur nächsten Sitzung vorgelegt wird.

#### **5.1.3 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010 3269/2012**

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bezweifelt, dass es sich bei den mitgeteilten Sachständen um den Umsetzungsstand aus dem 2.Halbjahr 2012 handelt. Aus Formulierungen wie „die Fertigstellung ist für September/Oktober 2012 vorgesehen“ (Seite 14) oder „konkrete Terminpläne können erst im 2.Halbjahr 2011 erstellt werden“ und „ein Terminplan liegt nicht vor“ (Seite 13) ist abzuleiten, dass die mitgeteilten Sachstände völlig veraltet sind und nicht mehr aktuell. Er bittet darum, der Politik keine weiteren

veralteten Sachstände vorzulegen, sondern nur solche, die tatsächlich den Sachstand vom Januar 2013 richtig und vollständig widerspiegeln.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, schließt sich dieser Bitte an und erinnert sich daran, dass vor Jahren die Vorlage von Sachstandsberichten abgeschafft wurde. Er schlägt vor, an Stelle von veralteten Berichten eine tabellarische Checkliste zu den einzelnen Themen mit Kriterien wie „in Bearbeitung“, „fertiggestellt“ und ähnlichem vorzulegen. Aus der vorgelegten Liste entstünden mehr Fragen als der Erkenntnisgewinn.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innen-Vertretung, meint, dass die Frage von Renovierung oder Neubau der Turnhalle in der Berliner Straße mittlerweile geklärt wurde und bittet um Sachstandsmitteilung. Er schlägt vor, dass die sanierte Turnhalle der Lise-Meitner-Gesamtschule mitbenutzt werden könnte.

Frau Dr. Klein nimmt die Kritik am Verfahren als berechtigt an und verspricht, dies an das zuständige Dezernat II weiterzugeben, weil sich die Eintragungen im Bürgerhaushalt mittlerweile überholt haben. Zum Standort Berliner Straße erklärt sie, dass dieser als Reservegelände vorgehalten werden muss. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln hat nachdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Sanierung der Turnhalle nur mit einem Aufwand von vielen Millionen möglich ist. Sie wird sich demnächst vor Ort einmal ein eigenes Bild vom Zustand der Halle machen, doch geht sie davon aus, dass der Aufwand zur Sanierung unverhältnismäßig hoch ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, stellt folgende konkrete Nachfragen zu den einzelnen Punkten der Mitteilung:

1. Sind die Außentoiletten des Montessori-Gymnasiums in Ossendorf mittlerweile saniert und was ist der Stand der Machbarkeitsstudie?
2. Ist die Turnhalle der Max-Ernst-Gesamtschule mittlerweile fertig?
3. Wie ist der Stand der Umsetzung an der Kaiserin-Theophanu-Schule?
4. Wann findet der Wettbewerb für das Maximilian-Kolbe-Gymnasium statt?

#### **5.1.4 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013" 4457/2012**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.1.5 Innovationspreis des Verbandes kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V. (VKIG) 4543/2012**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, befürchtet, dass es sich bei dieser Mitteilung um eine Selbstevaluation der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln handelt. Die darin erwähnte Transparenz des Handelns wird von den Schulen oft nicht bestätigt. Er hofft jedoch auf eine Besserung in Zukunft.

#### **5.1.6 Bildungsplattform SchulWiki online 0088/2013**

In der Mitteilung hat sich ein Schreibfehler eingeschlichen. Das SchulWiki ist erreichbar unter der Internet-Adresse <http://wiki.stadt-koeln.de>. Hier fehlte ein Bindestrich in

der Adresse.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **5.1.7 Umzug der Gesamtschule Nippes in die Paul-Humburg-Str. 0126/2013**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, bittet darum, sich Gedanken über einen neuen Namen für die Schule zu machen, da die Paul-Humburg-Straße in Longerich liegt und man von Nippes aus den kompletten Stadtteil Weidenpesch durchqueren muss. Vor diesem Hintergrund könne die Schule nicht weiterhin den Namen „Gesamtschule Nippes“ tragen.

#### **5.1.8 Anmeldesituation Grundschulen Stadtbezirk Nippes 0167/2013**

Die Mitteilung wurde unter TOP 2.1.6 mit besprochen.

### **5.2 Mitteilungen der Vorsitzenden**

Frau Manderla teilt mit, dass in der Sitzung des Rates vom 18.12.2012 unter TOP 18.10 Herr Franz Philippi an Stelle von Frau Yvonne Gebauer als 1. Stellvertreter für den Vorsitz im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorgeschlagen wurde und unter TOP 18.6 Frau Dagmar Paffen anstelle von Herrn Franz Philippi als 2. Stellvertreterin im Ausschuss für Schule und Weiterbildung benannt wurde.

### **6 Anfragen**

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, bittet um Informationen zu der angekündigten Fachtagung zum Thema „Berufsschulen“, die am 14. März stattfinden soll.

Frau Dr. Klein kündigt an, dass zur nächsten Sitzung eine Mitteilung über den Verlauf, den Teilnehmerkreis und die Themen der Fachtagung vorgelegt wird.

Zur Sportschule Nordrhein-Westfalen fragt Frau Riedel, ob sich diese nach der Konzeption nur auf die sportbetonten Schulen bezieht, oder ob dort ein Schulnetzwerk in Köln entstehen soll, sowie welche inhaltlichen Überlegungen es zu dieser Schule gibt.

Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, möchte wissen, welche Schulgebäude in Köln leerstehen und für andere Zwecke zur Verfügung stünden.

Frau Dr. Klein antwortet, dass es aufgrund des hohen Bedarfes derzeit keine anderen leerstehenden Gebäude außer der Paul-Humburg-Straße gibt.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert an Ihrer Anfrage aus der Oktober-Sitzung nach einer Auflistung der 10%-igen Kürzungen im Sach- und Dienstleistungsbereich bei den Schulbau-Maßnahmen.

Frau Dr. Klein meint sich erinnern zu können, dass die Anfrage an die Kämmerei weitergeleitet wurde, sagt aber zu, dort nochmal zu recherchieren.

Frau Jahn bittet darum, die Ausführungen der Kämmerei zu Einsparungen, die das Dezernat IV betreffen, sowohl im Schulausschuss als auch im Jugendhilfeausschuss vorzulegen. Außerdem bittet sie um eine Auflistung der Änderungen im Entwurf für den Haushalt 2013/14 im Vergleich zum Haushalt 2012.

Frau Dr. Klein schlägt vor, auch diese Anfrage an die Kämmerei weiterzuleiten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, nimmt Bezug auf das Schreiben des Herder-Gymnasiums, in welchem sich der Schulleiter über die katastrophale Ausstattung im PC-Bereich beklagt. Der ursprüngliche Antrag auf Erweiterung der Ausstattung im Sekretariat der Schule stammt aus dem Jahre 2009. Er bittet darum, dass der desolate Zustand behoben wird.

Frau Heuer verspricht eine Mitteilung über den Stand der Dinge zur nächsten Sitzung.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innen-Vertretung, bezieht sich auf die Einstellung der Sachstandsmitteilungen bei den Schulbauten durch die Gebäudewirtschaft. Es war damals zugesagt worden, dass man die Sachstände im Internet nachsehen könne. Er stellt fest, dass er keinen Zugang zu den entsprechenden Dateien habe und bittet um Mitteilung, wie man an die entsprechenden Daten herankommt oder hilfsweise um Wiederaufnahme der Sachstandsmitteilungen.

Herr Troßen sagt eine Beantwortung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zu.

## **7        Verschiedenes**

### **8        Gleichstellungsrelevante Themen**

gez. Manderla,

gez. Bernecker,

Manderla

Bernecker

Vorsitzende

Schriftführer

Anlage 1: überarbeitete Grafik zu TOP 5.1.2: Vorlage 4190/2012,  
Bildungslandschaft Altstadt Nord